

Das Dokumentenabenteuer der französischen Regierung.

Paris, 18. April.

Die Debatte über den Kaiserbrief geht in der Pariser Presse weiter. Die sozialistischen Blätter wenden sich nunmehr scharfer gegen Ribot als gegen Clemenceau.

Henry Raabre greift im „Journal du Peuple“ Ribot heftig an. Cachin tut das gleiche in der „L'Œuvre“, Renaudel verlangt in der „Humanité“ die Einberufung einer Nationalversammlung.

Die Kammerkommissionen für auswärtige Angelegenheiten und Krieg haben, wie „Petit Journal“ meldet, die Erklärungen Clemenceaus zum Kaiserbrief genehmigt.

Berlin, 18. April.

Nach einer Meldung aus Genf verlautet in römischen politischen Kreisen, daß die Angelegenheit des Kaiserbriefes in der italienischen Kammer zur Sprache kommen werde. Der Abgeordnete Maggiore Ferrari beabsichtigt, an Sonnino die Anfrage zu stellen, ob Frankreich bei seinen Erörterungen über die Möglichkeiten eines Friedens die Interessen Italiens betont habe.

Erwägungen über den Kaiserbrief in Deutschland.

Der „Regensburger Anzeiger“ veröffentlicht zum Kaiserbriefe eine Betrachtung, die uns deshalb lieb ist, weil sie Gedanken ausdrückt, die in dieser Schärfe zu sagen uns der bundesgenössische Takt verbietet. Aber es sind Wahrheiten. Das Blatt schreibt:

Die erste Aufregung über die Folgen des Kaiserbriefes hat sich gelegt und eine ruhigere Betrachtung der Angelegenheit greift Platz. Es dürfte nach all der Kritik, die an dem politisch zweifellos abwegigen Brief Kaiser Karls geübt worden ist, nun wohl angebracht sein, die Sache auch einmal von einer anderen Seite zu betrachten. Wir nehmen der Einfachheit halber mal an, Kaiser Karl habe wirklich die Meinung gehabt, durch einen gänzlichen oder teilweisen Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen könne der von ihm wie von den blutenden Völkern so heiß ersehnte Friede rasch herbeigeführt werden. Diese Meinung wäre gewiß recht kurzfristig, denn sie würde die tieferen Kriegursachen und die stärkeren Triebfedern des Kampfes gegen Deutschland, beispielsweise das Verhältnis Englands zu uns, vollkommen mißkennen. Aber nehmen wir ruhig an, es wäre so und Kaiser Karl habe geglaubt, uns Deutschen das Opfer Elsaß-Lothringens um des Friedens willen zumuten zu dürfen — haben wir dann eigentlich ein moralisches Recht, ihm dessentwegen gram zu sein? Haben wir denn nicht, und zwar nicht insgeheim, gewissermaßen nur um einen Friedensfühler auszustrecken, sondern amtlich und öffentlich Oesterreich zur Preisgabe von Gebietsteilen gezwungen, bezw. zwingen wollen, die mit zu seinen schönsten und wichtigsten Landstrichen gehören: Südtirol, Adria Küste, Triest? Und das nicht, um dadurch den Weltfrieden herbeizuführen, was Kaiser Karl doch immerhin durch seinen Schritt erhoffen konnte, sondern nur um das treulose Italien von einem Angriff abzuhalten, ja, vielleicht nur um des „Italiendufels“ gewisser Leute willen? Glauben wir denn, das Ergebnis jener bezeichnenden Politik Bethmann-Hollweg's, den Feinden um den Bart zu streichen und den Verbündeten den Daumen aufs Auge zu drücken, habe man in Wien weniger schmerzlich empfunden, als wir die uns möglicherweise zugemutete Herausgabe der Reichslande? Es war doch eine recht gewalttätige Politik des sonst so zagen Herrn Bethmann-Hollweg, in einem Zeitpunkt, da Oesterreich-Ungarn unter drangvoller Not litt, ihm auch noch die fürchtbare Demütigung vor dem treulosen Italien anzutun, und nur der fast einhellige Widerspruch des deutschen Volkes gegen die Vergewaltigung des treuen Bundesgenossen vermochte in Oesterreich-Ungarn die Volksstimmung vor einem entscheidenden Umschwung oder auch dem Zusammenbruch zu retten.

Wir sagen also: Selbst wenn Kaiser Karl einmal einen solchen Gedanken gehegt hätte, dann wäre seine moralische Schuld nicht so groß — die moralische Schuld an der ganzen Entwicklung der leidigen Geschichte trägt die deutsche Politik unter Bethmann-Hollweg. Darüber wollen wir uns doch keinem Zweifel hingeben.